

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Wissen, wer kommt: stationäre Grenzkontrollen einführen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Nach Aussagen führender Polizeivertreter besitzt ein größerer Teil der im Zuge des Ukraine-Krieges nach Deutschland flüchtenden Menschen keine ukrainische Staatsangehörigkeit. Aufgrund weitgehend unkontrollierter Grenzen zu unseren Nachbarländern Polen, Tschechien und Ungarn wissen wir nicht, welche Personen im Schatten der ukrainischen Fluchtbewegung nach Deutschland gekommen sind. Vor dem Hintergrund der immensen gesellschaftlichen Herausforderung, vor der wir durch den Zustrom tausender ukrainischer Kriegsflüchtlinge stehen, müssen auch die Sicherheitsinteressen unseres Landes durch eine intensiviertere Grenzkontrolle stärker in den Fokus genommen werden.
2. Stationäre Grenzkontrollen dienen dazu, dass Ein- und Ausreisen nur über bestimmte Grenzübergangspunkte erfolgen können. Die Einrichtung solcher Übergangspunkte an der polnischen Grenze hilft, den ukrainischen Flüchtlingsstrom kontrollierbarer zu machen. Illegale Einreisen von Personen, die nicht aus der Ukraine geflohen sind, könnten so besser verhindert werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, Ungarn und Tschechien einzusetzen.
2. Einsatzkräfte der Landespolizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten per Amtshilfe zur Unterstützung der Bundespolizei an der polnischen Grenze anzubieten, um eine möglichst reibungslose Registrierung von ukrainischen Flüchtlingen umzusetzen.

Nikolaus Kramer und Fraktion